

Einreicher: Benjamin Keckeis

Unterstützer:innen: Kerstin Vietze

Thema:

Für sozial gerechte Mobilität in Dresden!

Beschlussvorschlag:

DIE LINKE. Dresden setzt sich dafür ein, dass die sächsische Landeshauptstadt einen angemessenen Beitrag zur Verkehrswende leistet. Das bedeutet, dass nachhaltige Mobilität für alle bezahlbar sein muss. Deshalb ist der ÖPNV massiv auszubauen, während der MIV reduziert wird. Dies darf nicht zu Lasten einkommensschwächerer Menschen gehen.

Darüber hinaus soll gleichzeitig ein 29€-Ticket auf Kommunalebene realisiert werden, um den Umstieg zu erleichtern und die finanzielle Belastung durch das Ende des 9€-Tickets abzufedern. Dieses ist nicht über höhere Parkgebühren, sondern durch eine erhöhte Bettensteuer gegenzufinanzieren.

Mehr Lebensqualität durch weniger Autos

Aktuell werden tausende Quadratmeter an wertvollem öffentlichem Raum als Parkplatz genutzt. Das stellt insofern ein Problem dar, als dass diese für andere Zwecke fehlen. Beispielsweise wird die Flächenerschließung durch Busse dadurch beeinträchtigt, es fehlen Grünflächen oder eigenständige Bahnkörper bzw. Busspuren können nicht realisiert werden.

Dies könnte durch zwei Maßnahmen geändert werden. Einerseits sollen an mehreren Stellen in der Stadt Autospuren in Busspuren oder besondere Bahnkörper umgewandelt werden. Das wäre beispielsweise auf der Marienbrücke, in der Parkstraße, in der Teplitzer Straße oder in der Kesselsdorfer Straße möglich.

Andererseits sollen beispielsweise durch einseitige Parkverbote in Straßen mit guter ÖPNV-Anbindung gezielt Parkplätze weg fallen. Dies ist ebenfalls dort zu realisieren, wo eine solche Maßnahme unmittelbare Verbesserungen für Bus oder Bahn bringt.

Für hochwertigen ÖPNV

Um mehr Lebensqualität durch weniger Autos zu ermöglichen, muss der ÖPNV die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung mindestens gleich gut erfüllen können wie das Auto. Dafür ist ein massiver Ausbau von Bus, Straßenbahn und S-Bahn notwendig.

Um diesen zu ermöglichen, soll sich die Linksfraktion im Dresdner Stadtrat für die schnellstmögliche Umsetzung der bestehenden Beschlüsse ein. Darüber hinaus sind die beidseitige Verlängerung der bereits beschlossenen Straßenbahnstrecke Löbtau-Strehlen, eine direkte und kreuzungsfreie Verbindung Prager Straße – Lennéplatz, der viergleisige Ausbau Neustadt-Klotzsche, eine Straßenbahnstrecke Cottaer Straße – Freiburger Straße und die Einführung von O-Bussen im Fünfminutentakt auf den verbleibenden Sechzigerlinien zu prüfen. Dabei wird auch auf die Optimierung von Ampelschaltungen und die Trennung vom Individualverkehr Wert gelegt.

Außerdem wird ein Ausbau der S-Bahn angestrebt, der aus kommunalpolitischer Sicht vor allem die Modernisierung sowie den Neubau (Strehleener Platz, Albertstadt, Nossener Brücke, Infineon, Freiburger Straße/RB31) von Haltepunkten und Bahnhöfen beinhaltet. Das bedeutet konkret, dass an jedem S-Bahn-Halt ein barrierefreier Zugang zu den Zügen, kostenloses WLAN und Fahrradboxen nach Vorarlberger Vorbild (<https://radbox.vmobil.at/>) vorhanden sein sollen. Darüber hinaus wird eine helle und übersichtliche Gestaltung der Haltepunkte angestrebt, die das subjektive Sicherheitsgefühl fördert.

Gegen Preissteigerungen

Die massiv gestiegenen Spritpreise und der Wegfall des 9€-Tickets lassen den Großteil der Bevölkerung schmerzlich spüren, wie wichtig bezahlbare Mobilität ist. Ausgenommen sind davon jene, die jeden Monat ein fünfstelliges Gehalt kassieren und darüber hinaus eine Bahncard 100 für die 1. Klasse sowie einen Dienstwagen inklusive Chauffeur und Treibstoff auf Kosten des Steuerzahlers spendiert bekommen. Zynisch ist es, wenn einem ausgerechnet die zu erklären versuchen, das 9€-Ticket sei Ausdruck einer „Gratismentalität“.

Genauso wenig ist es aber Ausdruck einer solchen, wenn Parkplätze kostenlos oder zumindest preiswert genutzt werden, weil ein Leben ohne eigenen PKW nicht machbar ist. Das kann verschiedenste Gründe haben. Diese reichen von ungünstigen Arbeitszeiten über eine schlechte ÖPNV-Anbindung bis hin zu familiären Verpflichtungen.

Deshalb setzen wir uns gegen höhere Parkgebühren ein. Denn dadurch würden zwar manche auf das Auto verzichten, aber das wäre sehr ungleich verteilt. Wer einen 20 Jahre alten Kompaktwagen fährt, wäre sehr viel eher betroffen als jene, die sich vor kurzem einen ressourcenintensiven E-SUV angeschafft haben.

Statt Autofahrer gegen ÖPNV-Nutzer auszuspielen, setzen wir uns für sozial gerechte Mobilität für alle ein. Das beinhaltet auch ein 29€-Ticket nach Berliner Vorbild, welches in Abstimmung mit dem VVO möglichst auf das Umland ausgeweitet werden soll. Perspektivisch ist die Wiedereinführung des 9€-Tickets anzustreben, sofern entsprechende Finanzmittel vom Bund oder Land zur Verfügung gestellt werden. Als Sofortmaßnahme soll jedoch ein 29€-Ticket gefordert werden, das durch eine erhöhte Bettensteuer gegenfinanziert werden soll.

Intermodale Verknüpfung mitdenken

Neben dem direkten ÖPNV-Ausbau ist auch die Verknüpfung zwischen öffentlichem und Individualverkehr entscheidend für ein gut funktionierendes Verkehrsnetz. Um dies zu gewährleisten, sind kostenlose Park-and-Ride-Möglichkeiten sowohl für Autos als auch für Fahrräder von Nöten.

Erstere sollen vor allem an ÖPNV-Achsen gelegen sein, die eine schnelle Verbindung ins Zentrum ermöglichen. Dabei können sowohl bestehende Anlagen ausgebaut als auch neue errichtet werden. Wo sich geeignete Standorte befinden, ist genauer zu evaluieren.

Letztere sind an Straßen- und S-Bahnhaltestellen in der Nähe von Wohngebieten sinnvoll. Dabei kann deren Größe zwischen wenigen, absperrbaren Boxen und einer Anlage mit mehreren hundert Stellplätzen variieren. Das ermöglicht einen schnelleren Zugang zum hochrangigen ÖPNV als dies zu Fuß oder mit dem Bus möglich wäre.

Neben intermodalen Umsteigemöglichkeiten zwischen privaten und öffentlichen Verkehrsmitteln setzt sich die Linke auch dafür ein, dass die Sharing-Angebote der DVB ausgebaut und preislich vergünstigt werden. Das ermöglicht einen niederschweligen Zugang zu Mobilität, ohne auf einen Fahrplan angewiesen zu sein oder ein Fahrzeug anschaffen zu müssen.

Für bürgernahe Verkehrspolitik

Der Stadtverband der Linken versucht, sich mit allen beteiligten Akteuren über das Thema Mobilität auszutauschen. Das reicht von Fahrgästen und Beschäftigten in diesem Sektor über Gewerkschaften bis hin zu Fahrgastverbänden und Verkehrswissenschaftler. Gemeinsam mit fachkundigen Personen soll die Partei sowohl für den Ausbau des Netzes als auch für die Optimierung von Planungs- und Genehmigungsprozessen Konzepte entwickeln.

Dazu fordert der Stadtparteitag die Stadtratsfraktion und die anderen an dem Thema beteiligten Teile des Stadtverbands auf.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung auf der Website des Stadtverbands und auf Social Media

Weitere Maßnahmen: Kontaktaufnahme mit der Stadtratsfraktion

Den Beschluss sollen erhalten: Stadtvorstandsmitglieder, Ortsvorsitzende DD, Fraktionsgeschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE im Dresdner Stadtrat, linksjugend Dresden

Abstimmungsergebnis:

Dafür:

Dagegen:

Enthaltungen: